

Glinde, den 31.12.20/Cs

## Infobrief 2019/2020

In den Jahren 2019 und 2020 ging es nur schleppend voran, dafür verschlechterte sich der Zustand der vorhandenen "Lärmschutzwand" rapide.

### 2019:

Im Bauausschuss am 7.3.19 gab es einen Prüfauftrag der SPD über das Aufbringen von Flüsterasphalt bei der geplanten Sanierung der K80.

Von den Stadtvertretern wurden am 23. Mai 2019 Gelder für das Entfernen von ca. 20 sicherheitsgefährdenden Lärmschutz-Elementen bewilligt. Die Elemente drohten auf die Straße zu stürzen.

Im Bauausschuss am 19.9.19 wurde die Verwaltung beauftragt, bis zur nächsten Sitzung am 5.12.19 Lösungsvorschläge für dringend benötigte Lärmschutz-Maßnahmen an der K80 vorzulegen.

### 2020:

Am 16.1.20 beantragte die CDU als Mindestmaßnahme, unverzüglich die Reparatur und Wiederherstellung der ursprünglich vorhandenen Lärmschutzwand vorzunehmen. Hierzu ist die Stadt Glinde vertraglich verpflichtet.

Im Bauausschuss vom 24.6.20 wurden Untersuchungsergebnisse über mögliche Reparaturarbeiten bzw. Ersatz der maroden Lärmschutzwand vorgestellt. Zur Kostenbeteiligung durch die Anlieger ergab ein aktuelles Gutachten, dass die Stadt Glinde für Sanierung oder Ersatz zuständig ist und keine Erschließungskosten erhoben werden dürfen.

Am 9.7.20 wurden Lösungsvorschläge für den Bau eines neuen Lärmschutzes bekanntgegeben. Nun will die Stadt die Anlage auf den Grundstücken der Anlieger errichten. Dafür sollen Grundstücksanteile an Glinde verkauft werden. Der Vorschlag der BI, eine Arbeitsgruppe zu dem Thema einzurichten, wurde diskutiert. *BM Zug sieht es als Informations- und Kommunikationsmittel. Es wird dazu weitere Gespräche geben; die Verwaltung wird einen Vorschlag bezüglich der Aufgaben und der Besetzung des neuen Arbeitskreises erarbeiten.*

Das Gespräch der "Arbeitsgruppe" fand im September 2020 mit 3 Mitgliedern der BI statt. Aus unserer Sicht war es tatsächlich eine Informationsveranstaltung der Stadt über geplante Ausführungen und Grundstücksbedarf. Die Zeit war so knapp bemessen, dass wir kaum zu Wort kamen und den Eindruck hatten, eine tatsächliche Beteiligung unsererseits an einer tragfähigen Lösung war nicht erwünscht.

Im Oktober schließlich wurde vom Bauausschuss die Bereitstellung von € 30.000 für den Grundstückserwerb und € 200.000 für Planungskosten zum Bau der Lärmschutzwand empfohlen (mit Sperrvermerk). Der Gutachterausschuss des Kreises Stormarn soll einen Grundstückspreis empfehlen.